

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39  
Telefax: 9 66 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Florian Gerster MdB zur  
Zukunft des westlichen  
Bündnisses: NATO for  
ever?

Seite 1

Dieter Schanz MdB zur  
Annäherung Hanois an  
China und die ASEAN-  
Staaten: Vietnams Weg  
aus der politischen  
Isolation.

Seite 2

Wolfgang Bebbler MdL  
zum Entwurf des  
Justizentlastungs-  
gesetzes: Rechts-  
politischer Kurswechsel  
mit großen Schwach-  
stellen.

Seite 3

**Dokumentation**  
Hans-Jürgen Wisch-  
newski sprach die  
Laudatio bei der  
Verleihung des Carlo  
Schmid-Preises an  
Manfred Stolpe.  
(Teil I)  
Wortlaut

Seite 4

46. Jahrgang / 216

12. November 1991

### NATO for ever?

Zur Zukunft des westlichen Bündnisses

Von Florian Gerster MdB

Minister für Bundesangelegenheiten und Europa des Landes  
Rheinland-Pfalz

Mitglied der Nordatlantischen Versammlung

Transatlantische Debatten in diesen Tagen erscheinen vielfach komplizierter und verkrampfter als in Zeiten, als das Bündnis echte Belastungsproben durchzustehen hatte. Und dies, obwohl die NATO der einzige Überlebende des Kalten Krieges, des Wettbewerbs der politischen Systeme zwischen West und Ost ist. Heute geht es auch nicht mehr um Entwicklung oder Stationierung neuer Atomwaffen mit leidenschaftlichem Für und Wider, sondern um Geschwindigkeit und Ausmaß der Abrüstung.

Der deutsche Generalsekretär der NATO beschwört jedoch bei jeder Gelegenheit den Zusammenhalt der westlichen Allianz, als ob sie kurz vor der Auflösung stünde. Gesprächspartner in der US-Administration machen ihren Besuchern aus Deutschland klar, allein das Bündnis garantiere "eine substantielle US-Präsenz" in Europa. Debatten über neue Strukturen für die europäische Sicherheit - im Rahmen der WEU oder der KSZE - oder gar die deutsch-französischen Pläne für ein gemeinsames Korps lösen tiefen Argwohn aus, vor allem bei den Angelsachsen.

Mühsame Konstruktionen wie das "Liaison"-Prinzip sollen ost-europäische Staaten an das westliche Bündnis anbinden, ohne sie einzubinden. Wer glaubt, mit solchen Halbherzigkeiten das Vakuum auszufüllen, das der Zusammenbruch des Sowjetsystems im Osten Europas aufgerissen hat? Wer glaubt, auf solchen Umwegen einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden, daß die NATO ein Verteidigungsbündnis ohne ernstzunehmenden Gegner ist?

Niemand mit politischem Verstand will die Strukturen eines politischen und militärischen Bündnisses zerstören, bevor ein neues Dach für die europäisch-atlantische Sicherheit und neue Formen umfassender militärischer Integration gefunden sind. Es kann deshalb nur um eine Gesamtkonzeption für Europas Sicherheit gehen, die neben einem visionären Ziel realistische Modelle des Übergangs enthält. Als Überbau eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa eignet sich die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - eine Art regionalisierte UNO mit friedensbewahrenden und friedensschaffenden Instrumenten - wie keine andere Institution.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
mit dem besten Recycling-Papier



Der große Vorteil der KSZE ist die Einschließung Osteuropas und die Beteiligung Nordamerikas. Die militärische Integration der NATO müßte schrittweise in eine solche gesamteuropäische Institution überführt werden. Dann würden wir nichts aufgeben, bevor wir etwas Neues haben.

Der Krieg in Jugoslawien macht deutlich, wie gefährlich die Instabilität durch das Machtvakuum in Osteuropa ist. Aus guten Gründen kann die NATO nicht eingreifen, aus guten Gründen scheitert die Europäische Gemeinschaft als Friedensstifter. Wir haben nicht viel Zeit für die neue europäische Friedensordnung!

(-/12.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Vietnams Weg aus der politischen Isolation**  
**Zur Annäherung Hanois an China und die ASEAN-Staaten**

**Von Dieter Schanz MdB**  
**Südostasien-Experte der SPD-Bundestagsfraktion**

Die jüngsten Gespräche zwischen den Parteführern Chinas und Vietnams mit dem Ergebnis eines am Wochenende verabschiedeten gemeinsamen Kommuniqués beendet eine seit 1978 andauernde politische Distanz zwischen den beiden Staaten, was als eine sehr positive Entwicklung zu begrüßen ist. Denn hier finden zwei Länder zu einem zwischenstaatlichen Frieden, der ihnen die Möglichkeit gibt, bisher in diesen Konflikt eingebundene Kräfte zur Lösung der Probleme der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Innern einzusetzen.

Diese Annäherung zwischen Vietnam und China ist generell positiv zu werten und kann auch nicht - wie manche Kritiker jetzt unken - als Zeichen der Errichtung einer letzten Bastion des Kommunismus (zusammen mit Nordkorea) mißgedeutet werden. Diese Unkenrufer hatten schon bei ihrer Einschätzung der Chancen für die Friedenslösung in Kambodscha unrecht; sie werden auch diesmal der politischen Fehleinschätzung überführt werden können.

Erste Belege dafür sind, daß es neben der China-Vietnam-Annäherung auch zu einer Öffnung Vietnams für Investitionen aus den ASEAN-Staaten sowie Australiens gekommen ist. Die Asienreise des vietnamesischen Regierungschefs Vo Van Kiets wird hier auch die nötigen diplomatischen Vorarbeiten zu einer Intensivierung der politischen Kooperation zwischen den Staaten der Region geleistet haben.

Die USA erwägen eine Aufhebung des Wirtschaftsembargos für 1992; ebenso sind Japan und Australien an Investitionen im Land interessiert.

Alle diese Entwicklungen sind sehr zu begrüßen und dürften dem Staat Vietnam auf seinem ganz speziellen Weg der Perestroika behilflich sein. In Anbetracht des starken Engagements der oben genannten Staaten für Vietnam, will ich nicht müde werden, die Bundesregierung erneut aufzufordern, die Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam aufzunehmen und in einem Staatsvertrag, den der Parlamentarische Staatssekretär im BMZ Repnik auf seiner noch in diesem Monat vorgesehenen Reise aushandeln wird, die noch offenen Fragen, die bisher der Aufnahme der Entwicklungszusammenarbeit im Wege standen, für beide Seiten befriedigend zu klären.

(-/12.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Rechtspolitischer Kurswechsel mit großen Schwachstellen**  
**Zum Entwurf eines Justizentlastungsgesetzes**

**Von Wolfgang Bebbler MdL**

**Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg**

Mit diesem Entwurf, der den Justizaufbau in den neuen Ländern erleichtern soll, wird ein gefährlicher Weg beschritten, weil die notwendigen finanziellen und personellen Mittel mit höchst bedenklichen Eingriffen in das System der Rechtsschutzgewährung "erkauft" werden sollen. Es besteht außerdem der Verdacht, daß bei dieser Gelegenheit ein rechtspolitischer Kurswechsel in der Gerichtsorganisation und beim Rechtsschutz für die Bürger durchgesetzt werden soll, unter dem Vorwand, dieser sei wegen der Aufbauprobleme in den neuen Ländern nötig.

Nach Auffassung des deutschen Richterbundes ist der Aufbau der Gerichtsbarkeiten durch Zuweisungen von Richtern und Staatsanwälten aus den alten Bundesländern gesichert. Engpässe gebe es durch verwaltungsbedingte Verzögerungen und Koordinationsdefizite.

Im Verlauf eines Expertengesprächs, das die SPD-Landtagsfraktion mit Juristen führte, wurden zahlreiche Zweifel am Erfolg der vorgeschlagenen Änderungen erörtert, wobei die Kritik der SPD-Fraktion von Vertretern aus Justiz und Anwaltschaft bestätigt wurde:

- Niemand weiß präzise, ob und was eingespart wird: In der Gesetzentwurfsbegründung wird nämlich eingeräumt, daß eine Bezifferung der zu erwartenden Einsparungen nicht möglich ist. Die gravierenden Änderungen bei der Zuständigkeit und Besetzung der Gerichte führen zu zeitraubenden Umstrukturierungen und Umstellungsschwierigkeiten, ohne daß zusätzliches Arbeitspotential frei wird. Insbesondere gilt dies für die zeitlich begrenzten Regelungen.
- Drastische Eingriffe in den Rechtsschutz führen zu mehr Unrecht und zu weniger Rechtsfrieden, der Aufbau einer geordneten Justiz in den neuen Bundesländern darf nicht um den Preis eines rechtlich mehr als problematischen Eingriffs in Rechte aller Bürger erfolgen.
- Die allgemeine Einführung der Zulassungsberufung wird zu vermehrten Nichtzulassungsbeschwerden führen.
- Im strafprozessualen Bereich wird das Legalitätsprinzip unangemessen eingeschränkt, die Erweiterung des Strafbefehlsverfahrens auf zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr bedeutet möglichen Freiheitsentzug in einem Aktenverfahren ohne mündliche Verhandlung.
- Die Einschränkung des Beweisantragsrechts stellt einen unverträglichen Eingriff in die Rechte des Beschuldigten dar, bei der Wahrheitsfindung durch Tatsachenaufklärung maßgeblich mitzuwirken.

(-/12.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Carlo Schmid-Preis für Manfred Stolpe (Teil I)**

Hans-Jürgen Wischniewski, Bundesminister a.D., hielt am 9. November in Mannheim die Laudatio auf den Preisträger des Carlo Schmid-Preises, den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe. Dieser Preis, der zum zweiten Mal verliehen wurde - erster Preisträger war 1989 Klaus von Bismarck - ist eine Auszeichnung der Carlo Schmid-Stiftung (Vorsitzender: Siegmund Mosdorf MdB) für Persönlichkeiten, die im Geiste dieses 1979 verstorbenen SPD-Politikers wirken. Wischniewskis Laudatio dokumentieren wir in zwei Teilen.

Der 9. November ist ein ganz besonderer Tag in der deutschen Geschichte.

Heute vor 73 Jahren - am 9. November 1918 - trat Kaiser Wilhelm II zurück, und es wurde die erste Republik auf deutschem Boden ausgerufen. Die Weimarer Republik ist gescheitert, weil es zu wenig Demokraten gab. Die Weimarer Republik ist aber auch gescheitert an der Unschlüssigkeit dieser Demokraten. Deshalb sollte niemandem gestattet sein, wichtige Aufgaben in der Politik zu übernehmen, der aus dem Niedergang der ersten deutschen Demokratie keine Konsequenzen zu ziehen gewillt ist.

Heute vor 68 Jahren - am 9. November 1923 - marschierte Hitler mit seinen Anhängern zur Feldherrnhalle in München ein, um die bayerische Regierung gegen die Reichsregierung zu zwingen, und wollte weiter nach Berlin ziehen, um die Reichsregierung zu stürzen. Der Putsch mißlang. Spätestens an diesem Tage hätte man wissen müssen, wer Hitler ist.

Heute vor 53 Jahren - am 9. November 1938 - war ein Tag der größten deutschen Schande: An diesem Tage wurden in Deutschland unter dem zynischen Namen "Reichskristallnacht" die jüdischen Gotteshäuser zerstört. Damit begann eine neue Phase der Judenverfolgung. An ihrem Ende hat die Welt mehr als fünf Millionen ermordete Juden gezählt. Niemals dürfen wir diesen Tag vergessen.

Heute vor zwei Jahren - am 9. November 1989 - fiel die Berliner Mauer. Ein Tag der Freude nach 28jähriger Trennung durch Mauer und Stacheldraht und der Beginn der deutschen Vereinigung. Dies muß ein Tag der Dankbarkeit sein. Wir danken unseren polnischen Nachbarn, der CSFR und insbesondere den Ungarn. Wir danken Gorbatschow und Schewardnadse, die mit ihrer ganz anderen Politik die Panzer eben nicht rollen ließen wie 1953 in Deutschland, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR und noch 1979 in Afghanistan. Wir danken aber insbesondere den Menschen in der damaligen DDR, die auf die Straße gegangen sind, um mit Mut, aber auch mit Umsicht ihren Willen durchzusetzen.

Manchmal hat man hier den Eindruck, daß vieles vor dem Tag vor zwei Jahren schon wieder in Vergessenheit geraten ist. Ein kluger Mann hat einmal gesagt: "Geschichte, das ist geronnene Politik".

Hier in Mannheim hatte Carlo Schmid seinen Wahlkreis. Wir alle wissen, daß er sich um das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland besondere Verdienste erworben hat. Es ist notwendig, das nachzulesen, was er damals gestaltet und mitgestaltet hat, gerade in einer Zeit, in der uns die Aufgabe gestellt ist, eine Weiterentwicklung unserer Verfassung nach der deutschen Einheit vorzunehmen. Ich, der noch eine Reihe von Jahren im Parlament, aber auch in der Regierung neben ihm wirken durfte, werde seine großen Reden nie vergessen, mit denen er Politik gestaltete. Das gilt insbesondere für seine Rede vom 17. Mai 1972 für die in unserem Lande damals so umstrittenen Ostverträge. Inzwischen wissen wir alle, daß sie ein unverzichtbarer Schritt waren, um die heutige politische Situation möglich zu machen.

In diesem Sinne möchte ich den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Manfred Stolpe beglückwünschen, daß ihm das Kuratorium den Carlo Schmid-Preis verliehen hat.

Manfred Stolpe wurde am 16. Mai 1936 in Stettin geboren. Seine Eltern kamen beide aus Ostpommern. Von seiner Mutter sagte er selbst: "Für meine Biographie ist meine Mutter sehr wich-

tig. Sie war eine sehr fromme und freundliche Frau, die zugleich die Ziele, die ihr wichtig waren, mit großer Beharrlichkeit verfolgte.\*

Während der Zeit der Bombenangriffe lebte die Familie Stolpe in den Jahren 1941 bis 1944 auf dem Dorf in Ostpommern. Im Jahre 1945 mußten die Stolpes wie viele andere in unserem Lande fliehen. Sie gingen mit dem Handwagen über die Oder und siedelten sich in Greifswald an. Hier beendete Manfred Stolpe auch seine Schulzeit und konnte dann sein Jurastudium in Jena aufnehmen. Dieses dauerte bis 1959 und endete mit einem erfolgreichen Examen. Bis zum Bau der Mauer konnte Manfred Stolpe auch noch einige Seminare im westdeutschen Recht an der freien Universität Berlin absolvieren.

Den ersten Konflikt mit dem SED-Regime gab es schon im Jahre 1956 anläßlich einer kritischen kirchlichen Veranstaltung zu den Vorgängen in Ungarn. Ihm wurde das Leistungsstipendium gestrichen. So war es im Sinne des atheistischen SED-Regimes durchaus logisch, daß dem engagierten Protestanten nach seinem Studium die Tätigkeit als Anwalt, Familienrichter oder Justiziar verweigert wurde. Die evangelische Kirche Berlin-Brandenburg suchte einen ausgebildeten Juristen, und am 1. Oktober 1959 konnte Manfred Stolpe seine Tätigkeit dort beginnen.

Die Bedeutung der Kirchen in der Zeit der DDR ist von vielen in der alten Bundesrepublik nicht erkannt worden. Die Menschen, die mit dem SED-Regime nicht übereinstimmen konnten oder wollten, sie brauchten ihre Nische, um leben und überleben zu können. Für die einen war diese Nische die Familie, für die andere war es die Kirche. Und Manfred Stolpe hat bei seinen wachsenden Aufgaben in der evangelischen Kirche für den Bestand und die Ausweitung dieser Nischen im Interesse der Menschen gearbeitet. Er hat die Kirche verteidigt, wo immer es notwendig war, und er hat den Handlungsspielraum der evangelischen Kirche in der DDR spürbar ausweiten können.

Insbesondere in der Zeit des kalten Krieges waren die Aufgaben der Menschen in Deutschland sehr unterschiedlich verteilt. Wir hier in der Bundesrepublik haben bei wachsendem Wohlstand privat und öffentlich, das heißt im deutschen Bundestag oder bei anderer Gelegenheit, zum Beispiel am Stammtisch, unsere Meinung über das Regime in der DDR sagen können.

Viele Menschen in der DDR haben diesen Staat aber nicht ertragen können und sind, wenn sie konnten, ausgereist oder sind oft unter gefährlichen Umständen geflohen. Andere sind durch eigene Entscheidung in der DDR geblieben und haben unter schwierigen Lebensbedingungen auf dem ganz schmalen Pfad des Verbliebenen, sich darum bemüht, den Menschen in der DDR zu helfen. Manfred Stolpe hatte sich für diesen Weg entschieden.

Mit dem Carlo Schmid-Preis wollen wir Manfred Stolpe für diese Entscheidung danken und für seine Arbeit, die er im Interesse der Kirche und insbesondere der Menschen geleistet hat. Und wir wollen allen Menschen, die einen vergleichbaren Weg gegangen sind, unseren Respekt sagen. Was wäre aus unserem Land geworden, wenn es diese Menschen nicht gegeben hätte?

Mehr als 1.000 Gespräche hat Manfred Stolpe mit den Organen der DDR führen müssen, insbesondere mit den jeweiligen Staatssekretären für Kirchen-Fragen. Und er hat sich immer mehr in wachsendem Maße um die Menschen kümmern müssen, die mit dem Regime aus religiösen oder politischen Gründen in Konflikt gekommen sind, die ausreisen wollten oder die ausgewiesen werden sollten. Und er hatte Erfolg. Er hat mit vielen gesprochen, von denen er annehmen konnte, daß seine Gesprächspartner ihn seinem Ziel im Interesse der Kirche und der Menschen näherbringen konnte. Und er hat die Methoden angewandt, die er im Interesse von Kirche und betroffenen Menschen für erfolgreich hielt. Das hat sicher nicht jedem gepaßt. Aber er hat vielen Menschen dadurch helfen können.

Ich möchte Manfred Stolpe aber auch für viele Politiker in unserem Lande danken, die vor der deutschen Einheit seinen Rat in Anspruch nehmen durften. Sein Rat war von großer Bedeutung. Auch ich habe ihn in Anspruch nehmen dürfen.

Manfred Stolpe wurde Anfang der 70er Jahre in die Menschenrechtskommission des Weltkirchenrates berufen. Und er hat seine internationalen Kontakte genutzt. 1982 wurde er Konstantinpräsident der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Einige haben Manfred Stolpe sogar als den Casaroli der evangelischen Kirche bezeichnet.

Vor einigen Wochen hatte ich in der Presse gelesen, daß es bei uns Leute gäbe, die nach den DDR-Akten von Manfred Stolpe suchen, um zu versuchen, daraus eine Schlinge zu basteln. Ich bin überzeugt, daß diese Verdächtigungen nicht den Tatsachen entsprechen.

Manfred Stolpe wollte und mußte sich am politischen Leben nach den Veränderungen beteiligen. Er entschied sich für sein Engagement in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ich glaube, drei Gründe für diese seine Entscheidung zu kennen:

1. Seine langjährigen Kontakte und Gespräche vor der deutschen Einheit mit Helmut Schmidt, mit Johannes Rau, mit Jürgen Schmude und anderen haben dabei ihre Bedeutung.
2. Der in der damaligen Bundesrepublik hart umkämpfte KSZE-Prozeß war für den Mann der Kirche in seiner Argumentation gegenüber dem SED-Regime von größter Bedeutung. Er sah in diesem Prozeß aber auch eine große Chance für die Zukunft Europas in Frieden und Freiheit.
3. Aber Manfred Stolpe wußte von Anfang an, daß für die Menschen in den neuen Ländern nach diesen entscheidenden Veränderungen die soziale Absicherung dieses Umstrukturierungsprozesses von entscheidender Bedeutung sein würde.

Ich möchte als langjähriger Sozialdemokrat Ihnen für Ihre Entscheidung danken.

Aber der SPD muß ich auch in aller Deutlichkeit sagen: Täuscht Euch nicht. Dieser Mann wird kein bequemer Sozialdemokrat sein. Er wird in seinen Reden nicht nur die Resolutionen der Parteitage vortragen. Er wird Euch in seinen Reden nicht nur die Resolutionen der Parteitage vortragen. Er wird Euch auch daran erinnern, daß es Probleme gibt, bei denen man über den Rand der eigenen Partei hinausschauen muß. Und niemand wird seine Unterstützung erwarten können, wenn er glaubt, daß es nur um parteitaktische Manöver im Interesse der eigenen Partei geht und nicht um das Interesse der Menschen, die uns ihr Vertrauen gegeben haben. Eigentlich müßte ich diese Worte an alle Politiker aller demokratischen Parteien in unserem Lande richten.

Ich durfte dem Deutschen Bundestag 33 Jahre angehören und auch einige Jahre der Regierung. Eine meiner größten Sorgen heute ist das Ansehen von Politik und Politikern. Wir haben dabei einen sehr tiefen Punkt erreicht. Wir Politiker sollen es uns nicht zu leicht machen und alle Schuld den Medien geben, wenn ich auch zugeben muß, daß es dort hin und wieder schlimme Ausfälle gibt.

Wir leben in einer Parteien-Demokratie. Die politische Kultur in unserem Lande kann nicht anders sein als die politische Kultur in unseren demokratischen Parteien und in ihrem Verhältnis zueinander. Die deutliche, ja die akzentuierte beziehungsweise argumentative politische Auseinandersetzung muß sein. Nur so ist Demokratie möglich.

Aber der politische Stil, die politische Kultur darf nicht darunter leiden. Ich empfehle den jungen Abgeordneten aller Parteien und aller Parlamente, die Reden von Carlo Schmid nachzulesen. Es lohnt sich. Es ist notwendig für unsere politische Kultur von heute. Ich hatte die große Chance, das noch miterleben zu können.

Und natürlich war ich in meinem Leben nicht jemand, der nur Reden gehalten hat, die hoffentlich der politischen Kultur in unserem Lande dienlich waren. Aber ich habe gelernt. Alter und Erfahrung haben dazu beigetragen.

(-/12.11.1991/rs/ks)

(Den zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

\*\*\*\*\*